

Eine lautlose Revolution: Die britische Stahlverstaatlichung

Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit und in den Zeitungen kaum erwähnt, hat sich Ende Juli 1967 eine bedeutsame Wandlung im britischen Wirtschaftsleben zugetragen, die den Charakter einer lautlosen Revolution hat. Nach manchen Fährlichkeiten ist das Nationalisierungsgesetz der Regierung *Wilson* in Kraft getreten; infolgedessen sind 14 der größten Stahlunternehmen des Landes von nun an im Eigentum der Nation.

Die Verstaatlichungsaktion erfaßte übrigens nur 13. 1951 war das erste Nationalisierungsgesetz der Regierung *Attlee* in Kraft getreten, 1953 wurde es von der konservativen Regierung *Churchill* umgestoßen. Aber auf dem Papier war es einfacher, eine Reprivatisierung zu verfügen, als sie in der Praxis durchzuführen. Es dauerte Jahre, ehe sich Kaufwillige in genügender Anzahl fanden. Ein großes Stahlwerk in Wales hat nie einen Käufer gefunden und ist die ganze Zeit über im Staatseigentum verblieben, ohne, daß das NichtVorhandensein von Aktionären den Betrieb irgendwie geschädigt hätte. Jetzt ist dieser Betrieb mit 13 anderen neuerlich nationalisierten Bestandteil der *National Steel Corporation*.

Nicht aus „ideologischer Verbohrtheit“, wie es oft gesagt wird, hat die Labour-Regierung damals und jetzt die Stahlerzeugung nationalisiert, sondern in der Erkenntnis, daß nur eine einheitliche Leitung und Ausrichtung der für das Land lebenswichtigen Industrie eine richtige Planwirtschaft verbürgt. Ungleich dem ersten Nationalisierungsgesetz der Nachkriegszeit hat man diesmal die kleineren Betriebe ungeschoren gelassen; der vielgerühmten Privatinitiative bleibt also auch da noch ein großes Betätigungsfeld.

Die Stahlindustriellen und die Konservative Partei haben versucht, die öffentliche Meinung gegen die Absichten der Regierung *Wilson* aufzuputschen; aber sie ist völlig uninteressiert geblieben und hat sich nicht beeindruckt gezeigt. Wahr ist allerdings, daß sie auch für die die Nationalisierung begründenden Argumente der Regierung kein besonderes Interesse an den Tag legte. Die Stahlarbeiter sind traditionsmäßig Anhänger der Nationalisierung, aber ihre gewerkschaftliche Stellung auch einer privaten Stahlindustrie gegenüber ist heute so stark, daß man von einer nationalisierungsfreudigen Kampfstimmung bei der Stahlarbeiterschaft kaum sprechen kann. Hingegen wird die konservative Behauptung, die Stahlarbeiter wünschten „eigentlich“ die Verstaatlichung nicht, durch den Ausgang der beiden letzten Wahlgänge eindeutig widerlegt: in allen Stahlbezirken haben die Labourkandidaten gesiegt.

Mehr Diskussionen als die Tatsache der Verstaatlichung hat die Organisierung des Riesenbetriebs hervorgerufen, der jetzt als *National Steel Corporation* die nationalisierten Unternehmen übernommen hat, die ihren alten Namen behalten und einander auch Konkurrenz machen können. Es ist unbestritten, daß die Stahlindustrie von Fachleuten und nicht von Politikern geleitet werden soll. Aber der Leiter der Stahlkorporation *Lord Melchett*, den der erst 38jährige Energieminister *Richard Marsh* ausgesucht hat, ist gar kein Fachmann, sondern Bankier von Beruf, und überdies ein Mann von ausgeprägt konservativem Zuschnitt. Naturgemäß ist die Bestellung *Lord Melchett*s in den Reihen der Labour Party nicht mit Begeisterung aufgenommen worden. Einige seiner Ernennungen, insbesondere eine, haben lebhaften Widerspruch erregt. Die nationalisierte Stahlindustrie des Landes wurde in vier Bezirke aufgeteilt und an die Spitze der Regionalleitung je ein Mann gesetzt, der bisher an hervorragender Stelle in einem Privatbetrieb tätig gewesen ist und vermutlich in der Privatindustrie sein Ideal sieht. In drei Fällen kann man es nur vermuten, aber in einem geradezu provokativen ist es Gewißheit, denn der Mann, um den es geht, hat vor kurzer Zeit in einer öffentlichen Rede seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, sein alter Betrieb würde wieder in private Hände zurückkehren.

Eine noch offene Frage ist die der Vertretung der Beschäftigten in der Verwaltung der nationalisierten Industrie. Leitendes Mitglied der Stahlkorporation und ihr Referent für Arbeitsbeziehungen ist der frühere Generalsekretär der Gewerkschaft der Postbediensteten *Ron Smith*. Diese Gewerkschaft ist seit jeher im Rahmen des Britischen Gewerkschaftsbundes für ein System gewerkschaftlicher Mitbestimmung nach deutschem Muster eingetreten, für das sich die Mehrheit der übrigen Verbände bekanntlich nicht erwärmen konnte, weil man für ein reinliches Auseinanderhalten der Verantwortungen eintritt. Smith wollte nun, im Gegensatz zu früheren Nationalisierungsgesetzen im Stahlbereich, Betriebsarbeiter zur Mitwirkung an der Leitung der Betriebe heranziehen. Die zuständigen Gewerkschaften waren davon im Anfang nicht eingenommen, weil sie eine Doppelstellung eines Gewerkschaftsmitglieds als solches und zugleich als Angehöriger der Betriebsleitung nicht gerne sehen. Man will jetzt den Ausweg wählen, daß der Gewerkschaftsbund die betreffenden Funktionäre zur Ernennung vorschlägt, und daß diese, während sie in der Betriebsleitung sitzen, keine Betriebsratsfunktionen oder ähnliches versehen. Man wird abwarten müssen, wie sich diese neue, noch nicht ins Leben getretene Institution einbürgert.

Am argwöhnlichsten wird man natürlich in Labourkreisen die Tätigkeit ausgesprochener Gegner des Nationalisierungsgedankens in der Leitung eines nationalisierten Betriebs verfolgen. Die Regierung Wilson konnte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, auf die Mitarbeit hervorragender Fachleute aus rein politischen Gründen zu verzichten. Auf der anderen Seite würde es allen britischen Traditionen widersprechen, anzunehmen, daß diese Fachleute — deren fachliche Qualifikation von niemandem geleugnet wird — sich nur zu dem Zweck zur Verfügung stellten, um die Nationalisierung sabotieren zu können. Der Mensch mag seine Vorurteile haben, aber im allgemeinen sucht er sich in seiner Funktion zu bewähren.